

## BUCHBESPRECHUNGEN

Braun, Stephan / Vogt, Ute (Hrsg.): *Die Wochenzeitung »Junge Freiheit«*. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden.  
(Stefan Kubon)..... 481

Magiera, Günter: *Die Wiedergewinnung des Politischen. Hannah Arendts Auseinandersetzung mit Platon und Heidegger*.  
(Rainer Miehle)..... 484

Baudrillard, Jean: *Die Intelligenz des Bösen*.  
(Holger Zapf)..... 485

Haas, Julia: *Die Reichstheorie in Pufendorfs »Severinus de Monzambo«. Monstrositätstheorie und Reichsdebatte im Spiegel der politisch-juristischen Literatur von 1667 bis heute*.  
(Daniel Hildebrand)..... 486

Kraus, Hans-Christof: *Das Ende des alten Deutschland. Krise und Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1806*.  
(Daniel Hildebrand)..... 487

Benz, Arthur / Lütz, Susanne / Schimank, Uwe / Simonis, Georg (Hrsg.): *Handbuch Governance: Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*.  
(Thorsten Philipp)..... 488

Gieler, Wolfgang (Hrsg.): *Die Außenpolitik der Staaten Afrikas. Ein Handbuch: Ägypten bis Zentralafrikanische Republik*.  
(Ulrich van der Heyden)..... 490

Burkert-Dottolo, Günther R. / Moser, Christian Sebastian (Hrsg.): *Stichwortgeber für die Politik Teil 1. Danich, Peter / Moser, Christian Sebastian (Hrsg.): Stichwortgeber für die Politik Teil 2*.  
(Karl-Heinz Nusser)..... 492

Richardson, Louise: *Was Terroristen wollen. Die Ursachen der Gewalt und wie wir sie bekämpfen können*.  
(Holger Zapf)..... 493

Besier, Gerhard: *Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts*.  
(Felix Dirsch)..... 494

*Stephan BRAUN / Ute VOGT (Hrsg.): Die Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden. Wiesbaden 2007. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 362 S., brosch., 39,90 EUR.*

Seit die Zeitung *Junge Freiheit* im Jahr 1986 gegründet wurde, sieht sich neben der Politikwissenschaft immer wieder das Justizwesen dazu veranlasst, diesem Blatt seine Aufmerksamkeit zu schenken. Auch das Bundesverfassungsgericht musste sich schon mit dem Publikationsorgan beschäftigen: In einer Verfassungsbeschwerde hatte die Zeitung unter Berufung auf die Pressefreiheit dagegen Einspruch erhoben, dass sie in nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichten unter der Rubrik Rechtsextremismus thematisiert wird. Am 24. Mai 2005 fällte das Bundesverfassungsgericht schließlich sein Urteil, durch das die Aufnahme des Blattes in die Verfassungsschutzberichte der Länder und des Bundes rechtlich schwieriger geworden ist.

Die Herausgeber des vorliegenden Sammelbands, Stephan Braun und Ute Vogt, legen in ihrem Vorwort Wert darauf, die Bedeutung ihrer Handreichung nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieses Gerichtsurteils zu begreifen. Da es schwerer geworden sei, die Öffentlichkeit durch Verfassungsschutzberichte vor den antidemokratischen Inhalten der *Jungen Freiheit* zu warnen, fordern Braun und Vogt eine verstärkte politische und wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Medium ein. Das insgesamt 15 Aufsätze umfassende Buch, das auch auf 24 Seiten das besagte Gerichtsurteil vollständig dokumentiert, markiert einen gelungenen Auftakt der verlangten Auseinandersetzung.

Dieser positive Befund gründet sich unter anderem darauf, dass die *Junge Freiheit* bislang noch nicht in dieser thematischen Vielfalt in den Mittelpunkt einer wissenschaftlichen Publikation gerückt wurde. Der Wille zur inhaltlichen Variation wird eindrucksvoll durch die multidisziplinäre Zusammensetzung des Autorenkreises unterstrichen. So geben sich Historiker, Journalisten, Juristen, Pädagogen, Politiker, Politikwissenschaftler, Soziologen und Theologen die Ehre, um die antidemokratischen Wesenszüge des Blattes zu veranschaulichen. Das einigende Band der Wissenschaftler bildet unverkennbar die folgende – in der politikwissenschaftlichen

Rechtsextremismusforschung vorherrschende – Sichtweise: Die *Junge Freiheit* ist die wichtigste publizistische Erscheinungsform der sogenannten »Neuen Rechten«. In dieser Funktion bietet sie sowohl dem demokratischen Konservatismus als auch dem verfassungsfeindlichen Rechtsextremismus eine Plattform mit intellektuellem Anspruch.

Die zumeist feinsinnigen Analysen des Sammelbandes stützen sich in der Regel in ausreichender Form auf Zitate der *Jungen Freiheit*. Neben dieser notwendigen Quellenberücksichtigung findet eine angemessene Einbeziehung relevanter Sekundärliteratur statt. Da das Publikationsorgan eher selten eindeutig rechtsextremistische Verlautbarungen präsentiert, sehen sich die Autoren dazu veranlasst, die Äußerungen des Mediums auch durch kontextbezogene Interpretationen, die überwiegend schlüssig sind, in Augenschein zu nehmen. Die gewonnenen Forschungsergebnisse machen in ihrem Zusammenspiel vor allem eines deutlich: Bei genauer Untersuchung wird erkennbar, dass die Zeitung die bundesdeutsche Verfassung und die in ihr festgeschriebenen Menschenrechte in einer weitaus größeren Intensität in Frage stellt, als es bei einer nur oberflächlichen Betrachtung den Anschein hat.

Dass sich das Blatt bei all seinen ideologischen Bestrebungen in erster Linie der Idee einer ethnisch homogenen deutschen Nation verpflichtet fühlt, zeigt der Beitrag »Volk, Staat und Nation. Konturen des völkischen Nationalismus in der ›Jungen Frei-

heit« von Helmut Kellershohn überzeugend auf. Kellershohn weist in diesem Zusammenhang zu Recht darauf hin, dass sich die antidemokratische Schlagseite des Mediums nicht zuletzt durch dessen Rückgriff auf das weltanschauliche Erbe der rechtsextremen »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik erklären lässt.

Erwähnung verdient außerdem der Aufsatz von Regina Wamper. Durch ihre Ausführungen erhält der Leser einen fundierten Einblick in die christlich-fundamentalistischen Seiten des Publikationsorgans, zu denen offensichtlich auch antisemitische Einlassungen gehören. Besondere Brisanz gewinnen die Forschungsergebnisse Wampers ferner vor dem Hintergrund, dass die *Junge Freiheit* in ihrer neueren Geschichte ihre christlichen Wesenszüge auf Kosten ihrer heidnischen Orientierung stärker akzentuiert.

Fabian Virchow nimmt eindrucksvoll die außen- und militärpolitischen Vorstellungen des Mediums ins Visier. Dabei wird von ihm unter anderem darauf hingewiesen, dass die Zeitung sehr häufig die Widerstandsbewegung um Claus Schenk Graf von Stauffenberg und deren Attentatsversuch des 20. Juli 1944 thematisiert. Es wäre klug, wenn die Forschung diesen Aspekt zukünftig noch genauer betrachten würde. Tatsächlich dürfte es nämlich den kritischen Lesern der *Jungen Freiheit* kaum entgangen sein, dass das Blatt bemüht ist, durch eine betont nationalistisch geprägte Deutung des Attentats, den weltanschaulichen Motiven dieses Widerstandsakts, die bekanntlich unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten ambivalent waren, eine gesteigerte antidemokratische Aufladung zu verleihen.

Dass das Blatt ausgerechnet das Gedenken an den Aufstand des 20. Juli dazu verwendet, Türen zur Demokratie zuzuschlagen, erscheint besonders befremdlich: Schließlich markiert der Umsturzversuch für das demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland auch deshalb einen außerordentlich wichtigen historischen Anknüpfungspunkt, weil damals sogar unter schwersten Rahmenbedingungen versucht wurde, Türen zur Demokratie aufzustoßen. Während zum Beispiel der demokratische Konservative Joachim Fest diese

besondere Leistung der Erhebung des 20. Juli überzeugend gewürdigt hat (vgl. *Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli*, Berlin 1994, S. 325-346), scheint hingegen der Chefredakteur der *Jungen Freiheit*, Dieter Stein, seine eigenen nationalistischen und antidemokratischen Affekte auf den Umsturzversuch zu projizieren, wenn er in seiner Lobrede auf Stauffenberg und dessen Gefolgsleute Folgendes äußert: »Sie stellten die Loyalität zu ihrem Volk und ihrer Nation über die politische Ideologie. Hierfür waren sie bereit, ihr Leben zu geben. Schließlich heißt es deshalb auf der Gedenktafel für die Hingerichteten im Berliner Bendlerblock nicht etwa »Sie starben für Frieden und Menschenrechte«, sondern: »Sie starben für Deutschland.« («»Sie starben für Deutschland«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 30, 16. Juli 2004, S. 14)

Bei aller berechtigten Kritik an der *Jungen Freiheit* sollte nicht vergessen werden, dass es oftmals auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind, die das Wirken des Blattes begünstigen. Dieser wichtige Gesichtspunkt wird unter anderem im Aufsatz von Wolfgang Gessenharter transparent gemacht. Gessenharter kritisiert beispielsweise, dass es bisweilen bei bundesdeutschen Behörden üblich ist, Asylbewerbern ihre durch die Verfassung garantierten Rechte vorzuenthalten. Dass solches Gebaren den rechtsextremen Neigungen der *Jungen Freiheit* in die Hände spielt, liegt auf der Hand. Des Weiteren dürfte es sich für das Blatt günstig auswirken, dass ihm gelegentlich sogar weithin geschätzte Politiker ein Interview geben. Diesen Aspekt greift Helmut Lölhöfel in seinem Beitrag auf. Dabei veranschaulicht er, wie die Zeitung seriöse Gesprächspartner benutzt, um sich in einem unverdächtigen Kontext präsentieren zu können. Lölhöfel kommt zu dem Schluss, dass diese Strategie bislang kaum dazu geführt hat, dass das Blatt in der Öffentlichkeit intensiver oder sogar positiver wahrgenommen wird. Dementsprechend sei es der *Jungen Freiheit* bisher auch nicht gelungen, entscheidenden Einfluss auf zentrale gesellschaftliche Debatten der letzten Jahre zu nehmen. Diese Erkenntnis wirkt überraschend, wenn man bedenkt, dass die zum Teil mit großer Erregung geführten Diskur-

se über Themen wie Demographie, Elite, Familie, Bildung, Wettbewerb eigentlich einer sich als konservativ verstehenden Zeitung geradezu vorzügliche Anknüpfungspunkte bieten müssten.

Am Ende des Buches entwickeln Albert Scherr und Thomas Schlag in ihren Aufsätzen bildungspolitische Ansätze, die geeignet sein dürften, die Zivilgesellschaft noch stärker gegen die antidemokratischen Tendenzen des Blattes zu immunisieren. Schlag stellt zum Beispiel Methoden vor, wie in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit Jugendliche zu einer kritischen Wahrnehmung der rechtsextremen Inhalte der *Jungen Freiheit* befähigt werden könnten. Dabei schlägt er unter anderem vor, Jugendliche im Schulunterricht darüber reflektieren zu lassen, welche Konsequenzen es wohl hätte, wenn die Ideen dieser Zeitung politische Realität würden. In der Tat scheint es lohnend, auch diese klassische ideologiekritische Methode anzuwenden, um die gewünschte Wirkung zu erzielen. Zum Abschluss sei zusammenfassend bemerkt, dass der Sammelband für die Forschung

zweifelsfrei einen entscheidenden Fortschritt markiert. Wobei der Nutzen des Buches vor allem darin besteht, dass differenzierte Perspektiven für die zukünftige wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit der *Jungen Freiheit* aufgezeigt werden. Da manche Aufsätze durchaus auch allgemeine Informationen vermitteln, empfiehlt sich die Publikation zudem als Einführungsband. Bei den bibliographischen Angaben und bei den Zitaten weist das Werk mitunter formale Ungenauigkeiten auf. Dies müsste sich aber bei einer Zweitauflage problemlos verbessern lassen.

Stefan Kubon

Günter MAGIERA, *Die Wiedergewinnung des Politischen, Hannah Arendts Auseinandersetzung mit Platon und Heidegger*. Frankfurt/M. 2007. *Humanities Online*, 411 S., kartoniert, 32,80 EUR; digitale Ausgabe (PDF) 15.– EUR.

Im letzten Jahr sind aus Anlass des 100. Geburtstag von Hannah Arendt zahlreiche

Beiträge erschienen, in denen auf die zunehmende Bedeutung dieser Denkerin hingewiesen wird. Dabei wird stets ihr Verhältnis zu Martin Heidegger hervorgehoben. Oft geht es um die rein menschliche Beziehung der beiden zueinander und weniger um den philosophischen Einfluß Heideggers auf Arendt. Immerhin hatte schon in der anglo-amerikanischen politiktheoretischen Literatur zuletzt Dana. R. Villa 1996 eine luzide Studie (*The Fate of the Political*) vorgelegt, die genau diesen Einfluß untersucht. Den nichtvoluntaristischen Aspekt einer philosophischen Grundlegung des Politischen, der die Phänomenologie Heideggers und die reflektierende Urteilskraft Kants berücksichtigt, finden wir in der deutschen Arendt-Forschung vornehmlich bei Ernst Vollrath.

Die nun von Günter Magiera verfaßte Arbeit greift diese Ansätze auf, indem sie – systematisch präzise – Arendts Auseinandersetzung mit dem traditionellen politischen Denkens analysiert. Gemeint ist hiermit die Ableitung der Politik aus der Philosophie, d.h. aus einer unveränderlichen Wahrheit, wie wir es in der platonischen Metaphysik vorfinden. Platon stützt seinen Wahrheitsbegriff auf die Schau der ewigen Ideen, die er den Meinungen gegenüberstellt. Meinungen sind etwas Kontingentes und Veränderbares, das die Gültigkeit der Ideen niemals ersetzen kann. Arendt lehnt jegliches metaphysische Denken ab und wirft Platon vor, seine Ordnungsvorstellungen einer höheren Welt auf die Erfahrungswelt übertragen zu haben (10). Denn der Mensch kann sich viele Dinge vorstellen, die nie erscheinen und auch nicht zum Erscheinen gebracht werden können. Hannah Arendt wählt deshalb wie Heidegger die faktische Lebenserfahrung zum Ausgangspunkt der Philosophie. Sie wendet diese Feststellung auf das Politische an. Heideggers Auslegung des Höhlengleichnisses belegt aus Arendts Sicht die Veränderung eines bei Platon zunächst auf *Unverborgenheit* basierenden Wahrheitsbegriffs, der noch keine absolute Wahrheit beinhaltet, sondern einen politisch bedeutsamen Meinungsspielraum zwischen *Unverborgenem* und *Verborgenem* erlaubt. Daraus muß Wahrheit erstritten werden (71). Es handelt sich um eine

wahrheitsfähige Meinung, welche jedoch ersetzt wird durch die Wahrheit als Übereinstimmung des Vorstellens mit der Sache »mit der Folge, daß Wahrheit in den menschlichen Angelegenheiten, wo die Meinung gilt, ohne Belang ist« (ebd.). Wahrheit wird als Richtigkeit aufgefaßt. »Wahrheit ist jetzt beständig und anwesend, sie ist verfügbar und muß nicht mehr erkämpft werden. Für Heidegger ist das der Ursprung der abendländischen Metaphysik« (ebd.). Arendts Anknüpfung an diese Platon-Interpretation Heideggers arbeitet Magiera minutiös heraus. Der Meinungscharakter des Politischen verschwindet in den *logoi* der Metaphysik.

Günter Magiera zeigt kenntnisreich auf, wie Arendt der Meinung wieder den ihr gebührenden Rang zuweist, um das Politische zurückzugewinnen: Die Meinung verknüpft das Gewesene mit der Ungewißheit der Zukunft (280). Sie ist die Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft. Das Gewesene bezieht sich auf Tatsachen. Magiera weist nach, daß Arendt von Tatsachenwahrheiten ausgeht, die die Grundlage bilden für das politische Urteil. Dieses Urteil hat Meinungscharakter. Es umfasst Wertungen von Tatsachen. Arendt verzichtet »auf einen trans- und intersubjektiven Konsens als Übereinstimmung über die Wertung verschiedener Akteure über denselben Gegenstand als Tatsache. Aber dieser Gegenstand als Tatsache ist wahr, die Wertungen dieser Tatsache divergieren« (281).

Arendt hat bekanntlich die reflektierende Urteilskraft Kants vom Ästhetischen auf das Politische bezogen. Mit der Wahrheit einer Tatsache beginnt in der mundanen Pluralität und interpersonalen Phänomenalität die kontingente und strittige Meinungsbildung. Nicht jede Meinung ist akzeptabel und ansinnbar. Schließlich findet man vor allem in totalitären Regimen den Versuch, unliebsame Tatsachen in Meinungen umzuwandeln. Politische Meinungen müssen also daraufhin beurteilt werden, ob sie interpersonal ansinnbar sind und zu ihnen eine allgemeine Beistimmung zugemutet werden kann. In dieser Regel ist die praktische Maxime der reflektierenden Urteilskraft ausgesprochen.

Günter Magiera legt mit diesem Buch eine hervorragende Rekonstruktion der Arendt-

schen Rehabilitierung der Meinung vor, die die Forschung bereichert und das weit verbreitete Missverständnis, Arendt stütze sich auf nicht wahrheitsfähige Meinungen (Habermas), ausräumt.

Rainer Miebe

Jean BAUDRILLARD: *Die Intelligenz des Bösen*. Übers. v. Christian Winterhalter, Wien 2006. Passagen Verlag, 194 S., brosch., 22,90 EUR.

Wir befinden uns jenseits der Geschichte und damit auch jenseits eines möglichen Endes derselben. Alle Dinge sind in ein Stadium der Hypertelie eingetreten: Indem sie schon längst über ihr Ziel hinausgeschossen sind, parodieren sie nurmehr ihre eigene Finalität. Alle Systeme streben nach einem modellhaften Reinzustand, in dem ihre Selbstreproduktion sich totalisiert. Im Code referenzloser Zeichen stabilisiert, simuliert und reproduziert sich dieses unheimlich an die autopoietischen Systeme der Luhmannschen Theorie gemahnende Globalsystem, das um sich greift wie ein Geschwür. Die Transparenz dieser integralen Realität tötet das Imaginäre und schwächt das Prinzip der Repräsentation. Allein das pataphysische Denken ist in der Lage, sich dieser allgegenwärtigen Simulation zu widersetzen. Eine fatale Hoffnung stiftet das Denken der Welt, die uns denkt – und das *ist die Intelligenz des Bösen*. Tückische Objekte widersetzen sich und infiltrieren Systeme und Netzwerke mit Hilfe viraler Strategien, Angehörige fremder Kulturen opfern ihr Leben und setzen den universalistischen Westen mit seiner anämischen Null-Tote-Maxime symbolisch matt, während die schweigende Masse der herrschenden Klasse in einem grandiosen medialen Spektakel dabei zusieht, wie sie verzweifelt versucht, den ihr überantworteten verfeimten Teil – die politische Macht – unauffällig verschwinden zu lassen. Darum auch sind die Politiker nichts anderes als »das perverse Instrument unserer Souveränität.«

Von diesem Verfasser ist schlichtweg nichts Neues zu erwarten, wie dieses kurze Exzerpt der Erzählung zeigt, in der er seit

etwa 30 Jahren gefangen ist und in der im besten Falle die Formulierungen erneuert werden. In guter postmoderner Tradition zelebriert auch der jüngste Text sich selbst als Theorie-Ereignis. Es ist scheinbar ein Paradox, dass dieses Buch als Theorie-Ereignis dennoch unter das Verdikt vom Streik der Ereignisse fällt, also letztlich ein pataphysisches Nicht-Ereignis bleibt. Doch auch das pataphysische Denken bleibt notwendig jener Wirklichkeit verhaftet, an der sich zu reiben es verurteilt ist: Das Theorie-Ereignis streikt ebenso wie die politischen Ereignisse, es ist ebenso in der beschriebenen Echtzeit gefangen und kann unmöglich ausbrechen. In Baudrillards eigenen Worten würde das heißen: Nichts an diesem Text ist absolut neu und überraschend im Vergleich zu dem, was er selbst zuvor formuliert hat, keine Diskontinuität durchbricht sein eigenes Denken. Vielmehr verfolgt er die Spirale seines Denkens weiter, und er findet sich schließlich im Innersten davon wieder, in einem integralen Denken, wenn man seinen Begriff der integralen Realität auf seine Theorie wenden will. So folgt Baudrillard auch in seinem letzten umfassenden Buch in erster Linie der Bewegung seines eigenen Denkens – fast schon in Form eines Selbstkommentars.

Jedoch legt Baudrillard hiermit auch erneut eine – durch seinen Tod nun endgültige – Summe seiner Theorie vor. Auch aus dem vorletzten eigenständigen Buch „Der unmögliche Tausch“ von 1999 ist einiges an – für Baudrillards Verhältnisse damals fast schon überraschenden – Ideen aufgenommen worden, so dass man nun ein synchronisierendes Panoptikum dessen vor sich hat, was das Denken dieses eigenwilligen Jarry-Schülers im Laufe der Zeit bestimmt hat. Und so scheint es nun, als hätte er endlich ein gewisses Gleichgewicht gefunden, was die Begriffe betrifft, um die seine Theorie gravitiert. Das Reale hat hier seinen Platz ebenso wie das Symbolische, das Fatale ebenso wie das Simulakrum, das Böse ebenso wie Ereignis, Modell und Duell. Welch ein wunderbarer Luxus der Inkohärenz, nicht mehr das Eine um des Anderen willen verwerfen zu müssen!

Eben dieses Nebeneinanderbestehen jener Elemente ist es, was dieses Buch zu einer

Summe macht, zu einer *summa pataphysicae*. Und so ist es ebenfalls nicht neu und vollkommen vorhersehbar, wenn dieses Buch nur diejenigen erreicht, die bereit sind, sich von einer Theorie verführen zu lassen. Diese Bereitschaft wird belohnt durch das, was mancher in blindwütigem Kohärenzfeitschismus als »Evidenzeffekt« abtun mag, was man wohlwollender aber auch als überraschende Einsicht auffassen kann, deren Zustandekommen gleichwohl im Dunkeln bleibt. Trotz dem Intellektionspotential, das der Verfasser auf diese Weise immer wieder offenbarte und das auch hier aufscheint, ohne jedoch seinen Höhepunkt zu erreichen, ist seine Theorie nach wie vor der Anwendung entrückt. Die Ambivalenz von Handlungen und Phänomenen, dargestellt in ambiguen Begriffen, lässt jeden Aneignungsversuch scheitern. Und so bleiben die geäußerten Einsichten mit voller Absicht jenseits der Anschlussfähigkeit, die unüberlegt einzufordern heute in Mode ist. Das Programm der Verführung durch eine opake Theorie ist insofern total.

Immerhin: Entgegen der Unart einiger Merve-Ausgaben von Baudrillards Texten werden hier nicht zur scheinbaren Klärung deplazierte Begriffsdefinitionen an den Anfang des Bandes gestellt – vielmehr hat sich der Übersetzer des Textes um einige erhellende Anmerkungen verdient gemacht, die Aufschluss über die Herkunft mancher Zitate und Formulierungen geben. Das macht die Lektüre dieses Textes spannender, wenn gleich dies vermutlich nicht der beste, treffendste Text ist, den Baudrillard je verfasst hat. Dennoch ist er eine Fundgrube an provokanten Anregungen, aphorismenhaften Formulierungen und beispielhaft radikalem Denken. Nirgendwo sonst dürfte sich der Verfasser so ausführlich mit dem Ereignis auseinandergesetzt haben oder auch, immer wieder im Text auftauchend, mit der eigentümlichen Rolle Gottes, der – wunderbare Lösung des Theodizee-Problems! – mit dem Bösen im Bunde steht. Mit dem Bösen im außermoralischen Sinne, mit dem Bösen, das sich der stupiden Positivität unserer Welt widersetzt, wohlgemerkt.

Diese Positivität will der Welt um jeden Preis eine Bedeutung geben, wogegen diese sich – ewige Tücke des Objekts – stets wi-

dersetzt. Und auch wir – schweigende Masse, Zuschauer des Spektakels – werden vom System versorgt, das die Tragik unserer Existenz in seiner Positivität auslöschen will und uns auf diesem Weg nur immer tiefer dem Bösen ausliefert. Baudrillards eigene Zusammenfassung seiner theoretischen Bemühungen lautet daher: »Kurz gesagt: Laßt uns keine Idioten sein!« – Und wir rufen *in memoriam* zurück: »Non iam frustra doces...«

Holger Zapf

Julia HAAS: *Die Reichstheorie in Pufendorfs »Severinus de Monzambo«*. *Monstrositätstheorie und Reichsdebatte im Spiegel der politisch-juristischen Literatur von 1667 bis heute*. (= *Schriften zur Verfassungsgeschichte Band 76*). Berlin 2006. Duncker&Humblot, 171 S; 2 Bildertafeln, brosch., 58 EUR.

Das Alte Reich erfährt zunehmend eine Renaissance systematisch betrachtet zu werden. Ob dies allein im zweihundertsten Jahrestag seines Endes im Jahre 2006 oder vielmehr darin begründet liegt, daß die zunehmende Verflechtung der Politik in Mehrebenensysteme, deren bekannteste und wirkmächtigste, aber nicht einziges die Europäische Union und die bundesstaatliche Verfassung des heutigen Deutschland darstellen, darf wohl als eine sich selbst beantwortende Frage erachtet werden.

Die Hannoveraner Rechtshistorikerin Julia Haas hat sich daher nun die Aufgabe gesetzt, die auch im Zusammenhang mit der Europäischen Union wieder vielzitierte Beschreibung, die das Alte Reich durch Samuel Pufendorf im Jahre 1667 erfahren hat, zu untersuchen und zu kontextualisieren: Wie kam es dazu und was bedeutete, das Reich als »monstro simile« in einer Art zu beschreiben, die der Nachwelt eher als Diskreditierung, denn als nüchterne Analyse anmutet – zu Unrecht, wie die Autorin verdeutlicht.

Daß das Alte Reich gemessen an modernen Verfassungsbegriff tatsächlich über keine solche Verfassung verfügte, legt Haas nämlich gleich zu Beginn ihrer Studie dar (S. 22). Insofern gebe Pufendorfs Analyse nur

wieder, was Zustand des Reiches zu seiner Zeit gewesen sei. Die für den modernen Staat konstitutive Einheit des Staates habe gefehlt, wie Pufendorf systematisch nachgewiesen habe (S. 47) Kern dieses Problems war letztlich die bereits seit dem hohen Mittelalter zunehmend sich stärkende Territorialherrschaft, die in Deutschland zu Pufendorfs Zeiten bereits seit Jahrhunderten auch zum Ausgangsort des modernen Staates geworden war (S. 37).

Aber Haas wird noch grundsätzlicher, wenn sie die Monstrositätsthese auf ihre Stichhaltigkeit anhand einer grundsätzlichen Auseinandersetzung damit, was Staat als solcher seiner Eigenart nach sei, prüft. Hierbei ist leitender Beurteilungsmaßstab, ob das Alte Reich Gemeinwohl und Gesamtnutzen optimierte und inwieweit es somit Staatlichkeitsfunktionen erfüllte (S. 53f.).

Pufendorfs Monstrositätsthese läßt sich nicht verstehen ohne den wissenschaftstheoretischen und biographischen Hintergrund des Pfarrerssohnes: Dem Juristen war es stets angelegen, die Wechselbeziehung zwischen Politik und Recht angemessen zu erfassen, Recht interessierte den Gelehrten vornehmlich als Formalisierung von Politik. Damit bewegte er sich in einem Bereich, der sich heute vielfach der Politik- und Geschichtswissenschaft zuordnen ließe und ihn auch in seiner Zeit bereits zum Grenzgänger werden ließ. Zwar auf einen Lehrstuhl für Völkerrecht berufen, blieb er jedoch Angehöriger der Artistischen Fakultät. Ebenfalls bezeichnend für einen Staatstheoretiker dieser Zeit ist, daß er wie Thomas Hobbes und Justus Lipsius ebenfalls vollständig klassische Philologie studierte und somit über die römischen Institutionen Zugang zur Rechtswissenschaft fand. Insbesondere affizierte den Gelehrten als Grenzgänger die Frage, ob und inwieweit in die bestehende staatsrechtliche Qualität des Reiches »politische Überlegungen der Staatsraison eingegangen seien« (S. 18).

Als monitum wäre auszustellen, daß auf die grundlegenden Forschungen von Ernst Kantorowicz, insbesondere seinem Standardwerk »the king's two bodies« nicht eingegangen wird: Insbesondere dort, wo Pufendorfs Vergleiche des Reiches mit dem menschlichen Körper thematisiert werden

und explizit auf deren traditionelle Verwurzelung in der »mittelalterlichen corpus-metapher« hingewiesen wird, wird die Abwesenheit eines solchen Bezuges als echtes Fehlen und mithin als Fehler deutlich (S. 47). Indes sollte diese Schwäche nicht die Bedeutung der Studie verschwimmen lassen: Das vorliegende Buch dürfte vielmehr zu der häufig zitierten, aber selten in derartiger Tiefe interpretierten These Pufendorfs, das Alte Reich als ein »monstro simile« anzusehen, bis auf weiteres das einschlägige Standardwerk sein.

Daniel Hildebrand

*Hans-Christof KRAUS: Das Ende des alten Deutschland. Krise und Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1806. 2. korrr. Aufl. Berlin 2007. Duncker & Humblot, 124 S., brosch., 28 EUR.*

Das Ende des Alten Reiches, das sich 2006 zum zweihundertsten Mal gejährt hat, beschreibt für die deutsche Geschichte eine Zäsur, die äußerlich betrachtet entscheidender ist als die Atlantischen Revolutionen der Jahre 1776 bis 1789. Gleichwohl werden diese beiden Daten des 18. Jahrhunderts auch als Epochendaten deutscher Geschichte vielfach stärker gewichtet als dasjenige Datum, zu dem die Auswirkungen dieses Epochenwandels durch die napoleonischen Kriege vermittelt auch im Reich zu politischen Veränderungen führten, indem jenes Gebilde nach über 1000 Jahren endete, das bereits 1667 als »monstro simile«, als etwas, »das nicht begriffen werden kann« charakterisiert worden war (S. 33).

Dies hat den mittlerweile in Passau lehrenden Historiker Hans-Christof Kraus veranlaßt, jenes Ereignis als Vorgang »sui generis« monographisch zu betrachten (S. 8). Dabei wird die Krise von Macht und Legitimität des Reiches in sich verdichtenden Stufen vom Westfälischen Frieden ausgehend betrachtet: Maßgeblich mit jenem »doppelten Regierungsantritt von Maria Theresia als Königin von Böhmen und Ungarn sowie von Friedrich dem Großen als König von Preußen« im Jahre 1740 habe sich die chronische Reichskrise bereits dras-

tisch verschärft, auch wenn sich dieses Krisenpotential bekanntlich erst im Jahre 1756 mit dem Ausbruch des Siebenjährigen Krieges in aller Dramatik aktualisierte (S. 20). Hervorzuheben ist dabei Kraus' Urteil, auch der Kaiserin sei es dabei vornehmlich »um die Machtsteigerung der Dynastie Habsburg, nicht mehr um das Reich« gegangen. (ibid.).

Die Französische Revolution wird zwar sodann als nächste Herausforderung des Reiches erachtet, dies jedoch in einem spezifisch politischen, ja nachgerade machtpolitischen Sinne. Die ideologische Herausforderung, der Widerspruch zwischen dem Alten und dem Neuen scheint darüber eher in den Hintergrund zu treten. Schließlich wird der eigentliche Krieg Napoleons gegen das Reich überraschend knapp abgehandelt, als eingehende Stufen des Reichsverfalls der Jahre 1804/05 herausgearbeitet. Breiten Raum nehmen dann, was wenig verwundern mag, die Vorgänge des Sommers 1806 ein, die schließlich zur offiziellen Auflösung des Reiches am 6. August 1806 führten. (S. 50-72).

Eine zu betonende Stärke des Buches liegt darin, daß sich der Historiker Kraus jedoch nicht mit einem diachronen Abriss bescheidet, der allein ihm überdies schon recht analytisch gelungen ist. Vielmehr betrachtet der Schüler des Verfassungshistorikers Quaritsch auch die reichsverfassungsrechtlichen Implikationen jener Erklärung, die Franz II. am 6. August 1806 unterzeichnete: Der Akt beinhaltet tatsächlich zwei Vorgänge, nämlich zum einen die eigene Abdankung und zum anderen die Auflösungserklärung. Beide Vorgänge sind eindeutig interpretierbar: Der erste war nicht nur unproblematisch, sondern konnte auf einen Präzedenzfall zurückgreifen, der sich sogar in der eigenen Dynastie zugetragen hatte. Bereits im Jahre 1558 hatte Karl V. abgedankt. Zum zweiten Akt war Franz II. eindeutig nicht befugt. Vielmehr war es für die prekäre Stellung des Kaisers ja geradezu symptomatisch, daß er noch nicht einmal Gesetze erlassen konnte, ohne diese den Reichsständen vorzulegen. Daß die Auflösungserklärung in ihrer Wirksamkeit dennoch keinerlei ernsthaftem Zweifel unterlag und das Reich fortan der Vergangenheit angehörte, zeigt, daß im

Staatlichen das Recht im Zweifel der Politik folgt, zumal wenn es um Entstehung und Ende der Staatlichkeit geht.

Schließlich wird dem Leser ein dritter Teil geboten, der mehr als nur einen Ausblick darstellt, sondern sich vielmehr als eine Art geschichtsphilosophischer Ausblick ausnimmt: »Der Weg ins 19. Jahrhundert« als Übergang »Vom Reich zum Nationalstaat« – so lauten auch die Titel der beiden letzten Kapitel. Wenn freilich bereits Schiller im Jahre 1792 hinsichtlich eines möglichen Unterganges des Reiches betonte, Deutsches Reich und Nation seien zweierlei, worauf Kraus bereits im ersten Teil seiner Studie hinweist (S. 31), so blieb der Nachwelt selbstverständlich nicht die Frage erspart, ob oder eigentlich nur inwieweit das Reich die Nationalstaatsbildung hemmte, sein Untergang, auch wenn er zunächst einmal jede feste politische Bindung Deutschlands aufhob und durch den Deutschen Bund ab 1815 auch nur einen vergleichsweise lockeren und instabilen, konfliktären und eigenmachtlosen Ersatz erhielt, letztlich nicht als Ausgangspunkt der (klein-)deutschen Nationalstaatsbildung zu begreifen ist.

Das Werk hat sich in die Reihe der beiden einzigen monographischen Forschungen zu diesem Thema, die der Feder Heinrich Ritter von Srbiks und Gero Walters entstammen, bereits ein Jahr nach seinem ersten Erscheinen erfolgreich und strahlend eingeordnet, wie sich nicht zuletzt daraus erhellt, daß nach wenigen Monaten eine zweite Auflage erfolgt ist.

Daniel Hildebrand

Arthur BENZ / Susanne LÜTZ / Uwe SCHIMANK / Georg SIMONIS (Hrsg.): *Handbuch Governance: Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden 2007. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 478 S., brosch., 34,90 EUR.

Die Fragmentierungs- und Differenzierungsprozesse moderner Gesellschaften und die rasant sich wandelnden Modalitäten heutigen Regierens angesichts eines immer komplexer werdenden, pluralen Akteurschemas werden gemeinhin zu den zentralen

Herausforderungen heutiger Policy- und Politicsforschung gerechnet. Die veränderten Wahrnehmungen gesellschaftlicher Interaktionsprozesse spiegeln sich auf politikwissenschaftlicher Seite im Diskurs um den mittlerweile hochfrequenten Begriff Governance. Die Fülle an Anwendungsfeldern, in denen Governance als Wahrnehmungs- und Analysemodell – gerade in Wechselwirkung mit den Konzepten Pluralität, Partizipation und zivile Gesellschaft – immer stärker im Einsatz ist, hat die begriffliche Abgrenzung allerdings zunehmend erschwert. Das nun vorliegende Handbuch folgt dem Anspruch, dem Governance-Konzept deutlichere Konturen zu verleihen, das Erkenntnispotential seiner Perspektive kritisch zu beleuchten und seine Grenzen herauszuarbeiten. Die Herausgeber und Autoren stammen überwiegend aus dem Umkreis der FernUniversität Hagen, die sich seit längerem mit der Ausdifferenzierung des Governance-Begriffs befasst hat und seit 2003 sogar einen Masterstudiengang »Governance« anbietet.

Im politikwissenschaftlichen Bereich fand der Governance-Begriff erstmals Anwendung, um Beziehungsstrukturen der internationalen Politik zu beschreiben: Im Gegensatz zum innerstaatlichen *government* sind Kooperation und Konflikt auf internationaler Ebene durch das Fehlen klarer hierarchischer Strukturmuster und durch mangelhafte Abgrenzung von Herrschaftsformen gekennzeichnet. Regieren ist dann eine »Mischung aus einseitiger Machtausübung und Kooperation, Kommunikation und Verhandlungen« bei grundsätzlicher »Dominanz von Prozessen über Strukturen« (Benz). In dieser Erfahrung wurzelte die Einsicht neuerer Policy-Forschung, dass auch der innerstaatliche Bereich immer weniger durch das Wirken des idealiter autonomen Regierungs- und Verwaltungshandelns sondern im Gegenteil durch ein komplexes Zusammenspiel unterschiedlicher öffentlicher und privater Akteure bestimmt wird, deren Interaktionsregeln vielfach gar nicht vom Staat vorgegeben werden sondern im kooperativen Ausgleich von Interessen ihren Ursprung haben. Vor diesem Hintergrund steht Governance als »Oberbegriff für sämtlich vorkommende Muster der Interdependenzbewältigung

zwischen Staaten sowie zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren« (S. 13). Politik ist danach weder als zentralsteuernde Regierungstätigkeit noch als reines Marktgeschehen denkbar, sondern nur als Pluralität von dynamischen Mechanismen mit dem Ziel der Selbstregulierung staatlicher und privater Akteure. Governance beschreibt also kein geschlossenes Handlungsschema, sondern eher ein Grundverständnis zur Beschreibung und Analyse politischer Abläufe.

Vor dem Hintergrund dieser begrifflichen Ausgangslage suchen die Autoren des Handbuches in einem ersten Schritt nach Funktionsweisen von Governance. Im Zentrum steht die gesellschaftswissenschaftliche Grundfrage nach den Möglichkeiten koordinierten kollektiven Handelns, die die Autoren anhand einzelner – selektiv herangezogener – Bereiche organisierter Interaktion beschreiben und typologisieren. Den gängigen Idealtypen der Governance-Formen Markt, Hierarchie, Netzwerk, Wettbewerb und Verhandlungen werden im Handbuch auch solche Funktionsmechanismen zur Seite gestellt, die im Governance-Diskurs bisher eher ein Schattendasein spielten, etwa Transformation als Prozess des Regimewechsels von autoritären zu demokratischen Regimetypen. Da die Antworten auf die zentralen Fragestellungen von Governance von den Analyseansätzen abhängig sind, die ihnen zugrunde gelegt werden, nehmen die Autoren in einem zweiten Schritt solche soziologischen und politikwissenschaftlichen Theorien in den Blick, die sich mit dem Zusammenwirken von gesellschaftlichen und politischen Strukturen und Prozessen befassen: institutionalistische Ansätze, Kybernetik und Systemtheorie, Organisationstheorien und Netzwerktheorie werden hier als Analyse- und Erklärungsmodelle von je spezifischen Aspekten von Governance – Normen, Regeln, Steuerungs- und Beziehungsstrukturen etc. – herangezogen. Verdienstvoll erscheint v.a. die Einbeziehung von rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Theorien, die – wie sich in den Beiträgen zeigt – für die Herausbildung des Governance-Konzeptes entscheidende Aussagen bereitgestellt haben. In einem dritten Schritt widmet

sich das Handbuch der Frage nach der Relevanz der Governance-Perspektive für die empirische Forschung. Die Autoren versuchen eine Anwendung des Governance-Konzepts auf globale, europäische, nationale, regionale und lokale Kontexte, um seine Praxisfähigkeit abzumessen. Die aus demokratietheoretischer Sicht besonders virulente Frage nach der Legitimität von Governance steht im Mittelpunkt der Beiträge. In der Regel wird in solchen Zusammenhängen darauf verwiesen, dass partizipative Prozesse im Rahmen polyzentraler Systeme die Legitimität politischer Entscheidungen erhöhen und Effektivität und Effizienz in der Umsetzung verbessern können (S. 276). Joachim Blatter betont allerdings zu recht, dass in einer von Massenmedien geprägten Alltagswirklichkeit Legitimität nicht mehr über den tatsächlichen Input und Output von Akteuren und Systemen herstellbar ist, sondern stattdessen – metadiskursiv – die von den Medien vermittelten Bilder über politische Inputs und Outputs die gesellschaftliche Wahrnehmung und Bewertung prägen und steuern (S. 278).

Die Frage nach der Sicherung demokratischer Kontrolle und Legitimität bei zunehmender Kooperation von Staaten und dem damit einhergehenden Wettbewerb zwischen verschiedenen Governance-Einheiten wird insbesondere am Beispiel der europäischen Integration virulent. Auch wenn Theoretiker wie Henning Scharpf in den zahlreichen outputorientierten Governance-Formen wie Verhandlung, Policy-Netzwerke, Konsultation etc. eine Stärkung der Legitimation der EU erblicken, weil sie die Leistungsfähigkeit des politischen Systems erhöhen, bleibt aus einer inputorientierten Sicht mehr als fraglich, ob bloße Konsultationspraktiken Einfluss sichern und Anhörungen (wie sie etwa das von der Europäischen Kommission im Jahr 2000 veröffentlichte Weißbuch *Governance* vorseht) zur Herstellung demokratischer Legitimität beitragen. Die Rede vom »Demokratiedefizit« bleibt – insbesondere nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages und der ihm inhärenten Konstitutionalisierung einer verfassungsdemokratischen europäischen Bürgergesellschaft – weiterhin auf lange Sicht aktuell. Schwieriger noch

wird die Frage der Legitimität angesichts einer immer schnelleren globalen Entgrenzung von Märkten, territorialen Einheiten und kulturellen Systemen. Eindeutig plädieren die Autoren hier zugunsten des komplexen und bislang kaum spezifizierten Konzeptes von *Global Governance*. In expliziter Abgrenzung von neorealistischen Überlegungen sehen Maria Behrens und Alexander Reichwein den besonderen Wert dieses Begriffs in einer neuen Perspektive und Einbindung transnationaler Akteure und Mehrebenenstrukturen in politische Entscheidungsprozesse. Am Beispiel der Welthandelspolitik zeigen die Autoren, dass das Konzept der *Global Governance* ein hohes Potential zur Beschreibung und Analyse komplexer Beziehungsgefüge zwischen öffentlichen und privaten Akteuren auf nationaler wie internationaler Ebene bereithält. Allgemein ist bei der Rede von Governance freilich beobachtbar, dass die Ausweitung des Akteurschemas und der Blick auf die unterschiedlichen Koordinationsmodi und Interdependenzen eine erhebliche Komplexitätssteigerung mit sich bringt, die zu verarbeiten nur unzureichend gelingt: Dass verallgemeinerbare Aussagen immer schwieriger werden, ist der Preis für die beanspruchte Realitätsnähe.

Im Ergebnis liefert das Handbuch, das für die weitere Governance-Diskussion ein fester Bezugspunkt werden dürfte, eine knappe und – dank des gleichartigen Aufbaus seiner Beiträge – erstaunlich kohärente Übersicht über die wesentlichen Aufläufe, Theorien und Anwendungsfelder von Governance. Sein Wert besteht also nicht in der Produktion neuer Theorien oder Erkenntnisse sondern in der Schematisierung und Strukturierung bisheriger Beiträge dieses schwierigen, aber angesichts der Veränderungen im Regierungsprozess dringend erforderlichen Perspektive- und Analysebegriffs. Vieles spricht dafür, dass mit dem Governance-Konzept ein tragfähiges wissenschaftliches Modul gefunden ist, das der veränderten politischen Wirklichkeit Rechnung trägt und insoweit auch zur Problemlösung beitragen mag. Gerade die Beiträge im dritten Teil des Handbuchs lassen an der Aktualität des Konzepts keinen Zweifel: Governance wird auch in Zukunft auf allen

Ebenen politischer Realität – lokal, national, europäisch, international – ein zentrales, aber konfliktreiches Diskursfeld bleiben.

*Thorsten Philipp*

Wolfgang GIELER (Hrsg.): *Die Außenpolitik der Staaten Afrikas. Ein Handbuch: Ägypten bis Zentralafrikanische Republik. Paderborn/München/Wien/Zürich 2007. Verlag Ferdinand Schöningh, 499 S., Hardcover, 58 EUR.*

Gute Bücher über Geschichte und politische Systeme afrikanischer Staaten sind in den letzten Jahren in deutscher Sprache einige erschienen. Über die jeweiligen Außenpolitiken der einzelnen afrikanischen Staaten gibt es hingegen bislang keine die relevanten Fakten komprimierende Studie. Wolfgang Gieler und seine Mitstreiter haben nun jedoch ein Handbuch vorgelegt, welches grundlegende Kenntnisse über die Außenpolitik sämtlicher afrikanischer Staaten vermittelt. Als erstes deutschsprachiges Buch kann es für sich den Anspruch erheben, die nicht einfach zu verstehende Thematik durch eine verständliche Sprache einem interessierten Leserkreis zugänglich gemacht zu haben.

Die außenpolitischen Aktivitäten und Maximen der einzelnen afrikanischen Staaten werden in diesem handwerklich hervorragend gestalteten Buch in alphabetisch geordneter Reihenfolge vorgestellt. In sich sind die Ausführungen nach einheitlichen Kriterien, trotz einer großen Anzahl von in- und ausländischen Autoren, geordnet.

Nach einer in Tabellenform zusammengefaßten »historischen Grunddaten« werden zunächst geographisch-politische Angaben präsentiert, wie offizielle Bezeichnung, Hauptstadt, geographische Lage, Mitgliedschaften in internationalen Organisationen sowie weitere Informationen geboten. Die Abbildung der jeweiligen Nationalflagge wäre sicherlich von Nutzen gewesen; die Namen der gerade amtierenden Außenminister können hingegen schon morgen hinfällig sein.

Nach solcher Kurzvorstellung der einzelnen Länder werden ausführlicher die Grundsätze der Außenpolitik mit Erin-

nung der staatlichen Unabhängigkeit, die ja die meisten Länder Afrikas um das Jahr 1960 erlangten, geschildert. Besondere Aufmerksamkeit wird den internationalen Verpflichtungen und Zugehörigkeiten zu internationalen Organisationen gewidmet. Auch die jüngsten Entwicklungen der Außenpolitik seit den Terroranschlägen in New York werden recht intensiv nachgezeichnet.

Im Anschluß an jeden Länderartikel bietet eine Bibliographie eine Auswahl der wichtigsten Literatur zur Thematik. Ein umfangreiches Abkürzungsverzeichnis beschließt den voluminösen Band, der als Handbuch konzipiert, eine Reihe von zuverlässigen Informationen auf aktuellen Stand über Strukturen und Bedingungen, Ziele und Interessen der Politik der afrikanischen Staaten untereinander und in der internationalen Arena dem Leser komprimiert zur Verfügung stellt.

Gerade angesichts des verstärkten Engagements von China und Indien auf dem afrikanischen Kontinent hätte sich der Leser des Handbuches einiges mehr an Ausführungen über die Besonderheiten dieses nicht zuletzt außenpolitischen Beziehungsgeflechts gewünscht, wie überhaupt eine verstärkte Beachtung der Kontinent übergreifenden Süd-Süd-Politik Desiderat bleibt. Die Autorinnen und Autoren verlieren sich in dieser Hinsicht oft in zu allgemeinen Aussagen, wie in einem Artikel zu Angola, wo es beispielsweise heißt: »Außerdem hat man sich, des kurzfristigen politischen und finanziellen Vorteils willen, mit Partnern wie China eingelassen, das in Afrika seine eigenen außenpolitischen und wirtschaftlichen Ziele verfolgt...« (S. 63). Abgesehen davon, daß es wohl kein Land gibt, welches heute in der Außenpolitik nicht seine eigenen Ziele verfolgt, bleiben auch ansonsten einige Fragen offen oder ungestellt, wenn es um die Süd-Süd-Politik geht. Und im Länderartikel zu Mosambik, das nun wahrlich über lange Traditionen der Zusammenarbeit mit China verfügt, heißt es lediglich lapidar: »Die VR China sprach sich für eine Unterstützung von chinesischen Investitionen aus« (S. 289).

Trotz dieser Monita ist dieses Handbuch uneingeschränkt zu empfehlen. Nicht nur, weil es in komprimierte Weise Wissen über

die Außenpolitiken aller Länder des afrikanischen Kontinents sowie der vorgelagerten selbstständigen Inseln vermittelt, sondern auch weil es allgemein zu einer differenzierteren Betrachtungsweise und Beurteilung dieser von der europäischen Öffentlichkeit zu Unrecht oft vernachlässigten Weltregion beiträgt.

*Ulrich van der Heyden*

*Günther R. BURKERT-DOTTOLO / Christian Sebastian MOSER (Hrsg.): Stichwortgeber für die Politik Teil 1. Wien 2006. Politische Akademie der ÖVP, 157 S., brosch., 9,80 EUR; Peter DANICH / Christian Sebastian MOSER (Hrsg.): Stichwortgeber für die Politik Teil 2. Wien 2007. Politische Akademie der ÖVP, 194 S., brosch., 10,50 EUR; Paketpreis für beide Bände 19,00 EUR.*

Innerhalb der beiden großen Parteien Deutschlands, der CDU und der SPD, sind die Stimmen derer, die die traditionelle Kernausrichtung der Partei vertreten, schwächer geworden und oft kaum noch hörbar. Eine ähnliche Entwicklung findet in Österreich statt, sodass die Politische Akademie der Österreichischen Volkspartei mit den vorliegenden Publikationen solchen Entwicklungen gegensteuern wollte – und immerhin hat sie mit diesen Publikationen in der Sache gegenüber den deutschen Parteien die Nase vorn. Die in beiden Ländern vorherrschende Tendenz besteht in der Vorrangigkeit strategisch-pragmatischer Flexibilität mit der Konsequenz der Erosion der jeweiligen Programmstrukturen. Es ist jedoch leicht zu sehen, dass Programmpunkte von Parteien immer auch bestimmte Werthaltungen enthalten müssen, durch die sie identifizierbar sind: Kraut und Rüben sind dann nicht erwünscht. Die österreichischen Herausgeber der beiden Bände gehen von der Einsicht aus, dass eine konservative Partei sich am Gemeinwohl der Menschen im Staat, am gerechten Zusammenleben orientieren muss. Nicht nur das Strategisch-Nützliche, auch das Ewige über den Menschen muss im Denken einer christlichen Partei präsent bleiben.

Wer wurde nun in diesen Kanon der Stichwortgeber aufgenommen und nach

welchen Schwerpunkten wurden diese ausgewählt? Es geht, dies gleich vorweg, nicht um bloße Theoretiker der Politik, sondern um Persönlichkeiten, die durch ihr Wirken – wozu selbstverständlich auch theoretische Traktate gehören – im weiten Sinne inspirativ für eine Partei sein können. Verschiedene Kategorien bieten sich an, nach denen die angenommenen Vorbilder gruppiert werden können:

Zur Ebene von Programmen weitsichtigen politischen Handelns gehören: Richard Coudenhove-Kalergi, Erik Ritter von Kuehnelt-Leddihn, Herrmann Lübke und Lois Weinberger.

Um den Schwerpunkt Menschenbild lassen sich gruppieren: Edith Stein, Nicolás Gómez Dávila, Edmund Burke, Leo Strauss, Arnold Gehlen, Roland Baader, Roger Scruton.

Der Programmatik des Naturrechts sind zuzurechnen: Johannes Messner, Roberto Bobbio, Robert Spaemann und Eric Voegelin.

Für naturrechtlich-geschichtliche Theoriekonkretionen stehen: Kirk Russel, Samuel Huntington, Panaitios Kondylis, Manès Sperber und Heinrich Drimmel.

Zur Programmatik ökonomischen Handelns wurden aufgenommen: Ludwig Erhard, Ludwig von Mises David Frum, Ayn Rand, Francis Fukuyama.

Nicht so recht in das Raster von Kategorien passen Friedrich Heer und Carl Schmitt, die am Schluss der Aufzählung vollständigshalber erwähnt werden sollen.

Über die Darstellungen der ausgewählten Vorbilder auch nur skizzenhaft zu berichten, würde den Rahmen dieser Rezension sprengen. Gleichwohl sind einige Hinweise möglich, die über eine bloße Aufzählung hinausgehen. Bereits der bisherige Bericht hat deutlich werden lassen, dass die Auswahl der inspirierenden Vorbilder keiner provinziellen Engführung folgt. Trotzdem ist die Abgrenzung zu Denkern, die von anderen Parteien in Anspruch genommen werden könnten, durchaus gelungen. Die breite Gruppe liberaler Vorbilder, die aufgenommen wurde, vermeidet rein vom individuellen Vorteil ausgehende liberale Ideologen, wie James Buchanan, Robert Nozick und

Milton Friedmann. Bei den Denkern, die zur Gruppe jener gehören, die die ethischen und naturrechtlichen Grundlagen des Gemeinwesens thematisieren, fehlen linksliberale Persönlichkeiten wie Charles Taylor und Michael Walzer. Auch hier ist die Abgrenzung aus konservativer Perspektive gut nachvollziehbar.

Manche Vorbilder mögen für den einen oder anderen unbekannt sein, ganz gewiss herrscht weithin Unkenntnis unter den Politikwissenschaftlern über den amerikanischen konservativen Denker Russel Kirk, der von Harald Bergbauer dargestellt wurde. »Kirk ist der Auffassung«, so führt Harald Bergbauer aus, »dass die Politik und Kultur der Vereinigten Staaten nicht das Produkt der Aufklärung und damit der Theorien eines John Locke oder Jean-Jacques Rousseau sind« (87). Sie bilden den Höhepunkt einer über 3000-jährigen Entwicklung, an deren Anfang das Judentum mit der Einsicht stehe, dass Ordnung und Gerechtigkeit auf einer transzendenten Quelle beruhen. Fraglos versteht sich ein solches Verständnis als Fortsetzung abendländischer Tradition.

Ähnlich unbekannt wie Kirk Russel ist Nicolás Gómez Dávila, der scharfsichtige Kommentator der modernen Welt, der mit unbarmherziger Klarheit die Defizite linker und rechter Ideologien herausarbeitet. Auf einem seiner wichtigsten Pfade der Kulturkritik bewegen sich, wie Till Kinzel zeigt, die immer wiederkehrenden Hinweise, dass die moderne Demokratie zur absoluten Souveränität tendiere und Tendenzen der Hybris und Selbstvergottung des Menschen impliziere.

Sowohl Österreicher als auch Deutsche, stellen die Verfasser der Artikel eine gute Mischung jüngerer und älterer Gelehrter mit verschiedenen Arbeitsgebieten und verschiedenen Fächern dar. Jeder Art von Wahlwerbung abhold und dennoch profunde politische Bildung leistend, muss man beiden Bänden viele aufmerksame Leser wünschen.

*Karl-Heinz Nusser*

Louise RICHARDSON: Was Terroristen wollen. Die Ursachen der Gewalt und wie wir sie bekämpfen können. Frankfurt/M./New York 2007. Campus Verlag, 382 S., gebunden, 22 EUR.

Wenngleich für uns Alteuropäer die Erkenntnis, dass der Terrorismus weder ausgelöscht noch für immer besiegt werden kann, keinen Nachrichtenwert haben dürfte, so ist es doch gut, angesichts der medialen Inszenierung der Bedrohungslage und des daraus resultierenden Sicherheitsfetischismus theoretisch fundiert an diese Tatsache erinnert zu werden. Dies und die absolute Relativierung moralisierender Rhetorik ist die Intention von Louise Richardsons Buch, die sich dem komplexen Problem des gegenwärtigen Terrorismus kenntnisreich und differenziert stellt. Sie legt dabei eine Definition von Terrorismus zugrunde, nach der Terrorismus durch physische Gewaltsamkeit gekennzeichnet ist, womit sie den sogenannten Cyberterrorismus ausschließt, außerdem begreift sie Terrororganisationen in jedem Fall als substaatliche Gebilde, die gleichwohl von Staaten außenpolitisch instrumentalisiert und darum finanziert werden können. Als Voraussetzung für Terrorismus gelten ihr radikalisierte Individuen, die eine unterstützende Gemeinschaft benötigen und eine ihr Handeln legitimierende Ideologie. Im motivationalen Gefüge der Terroristen macht sie wiederum drei Merkmale fest: das Erlangen von Ruhm, vor allem aber: Rache nehmen und eine Reaktion erzwingen. Hierauf aufbauend bewertet sie die gegenwärtigen Bemühungen gegen den globalisierten islamistischen Terrorismus, wobei das Urteil gegenüber der Politik der USA vernichtend ausfällt, obwohl die Autorin – auch das spricht für ihre Differenziertheit – bereits Ansätze zur Verbesserung erkennt. Abschließend stellt sie einen eigenen Sechs-Punkte-Plan vor, der sich aus den vorgenannten Überlegungen ergibt: Ein erreichbares politisches Ziel setzen, demokratische Prinzipien achten, Informationen sammeln, Terroristen von den sie unterstützenden Gemeinschaften isolieren, Verbündete suchen und im Vertrauen auf die eigene Stärke Geduld haben.

In nicht wenigen Hinsichten ähnelt Richardsons Buch dem Principe Machiavel-

lis – und es wäre allzu schön gewesen, wenn sie über diese Nähe reflektiert hätte, doch ist diese ihr wohl kaum bewusst. Da ist zum einen die angesichts der politischen Rhetorik und Topik erfrischend amoralische Herangehensweise, die jede Frage nach gut und böse ausklammert, was nicht selten in zynische Spitzen mündet. Damit gepaart ist der Wille, die Wirklichkeit in schonungsloser Offenheit darzustellen und zugleich keinerlei moralische Verbrämung von Handlungen gelten zu lassen, sondern sie allein in Bezug auf Effizienz und Konsequenzen zu beurteilen. Doch auch die Methode weist überraschende Ähnlichkeiten zu Machiavellis Werk auf: Historische Beispiele werden herangezogen, um eine handlungsorientierte Theorie mittlerer Reichweite zu entwickeln. Es gibt keine zugrundegelegte Systematik, weshalb mit begrifflichen Ungenauigkeiten ebenso zu rechnen ist wie mit der Widersprüchlichkeit mancher Aussagen. Die Stärke des Buches ist mithin zugleich seine Schwäche: Durch die methodische Orientierung an der Geschichte können zwar keine Aussagen mit universalem Gültigkeitsanspruch abgeleitet werden, doch wird dennoch eine hohe Erklärungskraft der Theorie auf handlungstheoretischer Ebene erreicht. Obwohl der Text in seinem Umfang in weitaus knapperer Form die Kernthesen hätte vorstellen können, während ihn stattdessen Redundanzen in pädagogischer Absicht und eine fast ermüdende Datenfülle bestimmen, ist dieser theoretische Ansatz überaus gelungen. Ebenso wie den Principe wird man ihn aufgrund dieser Schwächen weniger für einen stellenweise zu wenig durchdachten Theorieentwurf halten, sondern eher für eine flammende Philippika im Sinne der Staatsraison: möglicherweise unpopuläre, aber effiziente Maßnahmen zu ergreifen, um Frieden und Stabilität zu erreichen. Der normative Handlungsrahmen für diese Maßnahmen ist schlichtweg überzeugend, und insofern ist dem Buch für die Zukunft eine weniger kontroverse Rezeptionsgeschichte als dem Principe zu wünschen – trotz der amoralischen und zynischen Distanz, die uns unsere schwach begründete Demokratie beim Kampf gegen den Terrorismus für immer aufnötigen wird.

Holger Zapf

Gerhard BESIER: Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts. München 2006. Verlagsgruppe Random House, 879 Seiten, gebunden, 29,90 EUR.

Gerhard Besier war für einige Jahre Direktor des renommierten Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden. Intern war über einen längeren Zeitraum hinweg umstritten, welche wissenschaftlichen Aufgaben diese Einrichtung des Freistaats Sachsen erledigen soll. Während eine Gruppe von Mitarbeitern eine stärkere Aufarbeitung des Nationalsozialismus intendierte, wollte sich eine andere intensiver mit der DDR-Vergangenheit auseinandersetzen. Letzteres liegt freilich näher, wenn man sich vergegenwärtigt, dass für die Erschließung des riesigen Quellenmaterials der NS-Diktatur (einschließlich der nahezu unübersehbaren Sekundärliteratur) bereits vor über einem halben Jahrhundert das Institut für Zeitgeschichte in München gegründet wurde.

Nun liegt eine Darstellung Besiers vor, die beide so unterschiedlichen Zwangssysteme in eine groß angelegte Untersuchung integriert. Da weder die deutsche Rechts- noch die deutsche Linksdiktatur in einem luftleeren Raum agierten, bettet sie der Historiker in eine neue europäische *Geschichte des 20. Jahrhunderts* ein, die nach 1914 über weite Strecken hinweg eine Geschichte von Gewalt, Unfreiheit und Terror gewesen ist. Nur wenige Länder konnten sich diesem Trend entziehen.

Besier lässt sein *Europa der Diktaturen* mit der Endphase des Ersten Weltkrieges beginnen, der das »Urereignis« für die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts war. In zwei Staaten, die sich als Verlierer des Krieges fühlten, in der Sowjetunion und Italien, setzten sich nicht lange nach seinem Abschluss demokratische und rechtsstaatsfeindliche Herrschaftssysteme durch. Diese Entwicklung hatte maßgebliche Konsequenzen für den weiteren Verlauf der Historie. Der Heidelberger Historiker scheint davon auszugehen, dass es vor allem das Vorbild Mussolinis war, welches Hitler und andere Gewaltherrscher nach 1918 beeinflusste. Die aufsehenerregenden Auffassun-

gen Ernst Noltes vom »kausalen Nexus« zwischen Marxismus und Nationalsozialismus sind ihm kaum eine Erörterung wert. Wie dem auch sei: Im ersten Teil seiner Abhandlung behandelt er neben der russischen Revolution und ihren Folgen sowie den Ereignissen in Italien auch die Vorfälle in Ungarn nach 1918, die Wiedergeburt Polens, die Weimarer Republik, die nationalsozialistische Machtergreifung, den »austrofaschistischen Ständestaat« in Österreich, den »Estado Novo« Portugals und Francos Regime. Darüber hinaus wird in diesem Zeitabschnitt die Geschichte Griechenlands, Jugoslawiens, Rumäniens, Bulgariens und Albaniens im Überblick beschrieben.

Der große Umbruch fand bekanntlich 1945 statt. In Ost- und Mitteleuropa kam es zu einer groß angelegten Sowjetisierung. Der kommunistische Einfluss war indes unterschiedlich verteilt. In denjenigen Staaten (Ungarn, Rumänien, Bulgarien usw.), die während des Krieges an der Seite Deutschlands und seiner Verbündeten kämpften, war er am stärksten. Der spätere jugoslawische Staatschef Tito betrieb frühzeitig »freiwillige Selbst-Sowjetisierung« (Besier) und konnte sein Land ohne größere Hilfe von außen befreien, was zur Folge hatte, dass er einen eigenständigen Sozialismus etablieren konnte, der gegenüber Moskau deutliche Distanz wahrte. Sein »ethnisch geeintes« Staatswesen blieb jedoch ein Koloss auf tönernen Füßen. Besier beschreibt anschaulich und verständlich die nachhaltigen Veränderungen, die die kommunistische Ideologie und Politik für die einzelnen Staaten bedeuteten.

In einem umfangreichen Abschnitt beschreibt Besier die Jahrzehnte der »realsozialistischen« Herrschaft in der östlichen Hemisphäre. Am Ende dieser historischen Periode steht ein neuerlicher welthistorischer Umbruch: derjenige der späten 1980er-Jahre, den manche als den eigentlichen Abschluss der Nachkriegsgeschichte sehen. Der Verfasser widmet jedem der Nationalstaaten ein ausführliches Kapitel. Die meisten seiner Urteile sind gewiss konsensfähig und entsprechen dem Stand der Forschung. Wenn er jedoch die »doppelte Demokratisierung« (Michael Richter) der späten DDR-Zeit beschreibt, so hat der Le-

ser den Eindruck, als glorifiziere der Autor den »internen Transitionsprozess« ein wenig. Viele Legenden umranken die sogenannten »runden Tische«. Blickt man allerdings genauer auf die sich überstürzenden Ereignisse bis zum Herbst 1990, so findet man weder »organisatorisch ausdifferenzierte politische Gruppierungen« (581) vor, noch war das ganze politische Spektrum vertreten. Mit Ausnahme der DSU kann man die meisten Parteineugründungen des besagten Zeitraums auf der Linken des politischen Spektrums ansiedeln. Das änderte sich erst durch verstärkten West-Einfluss und durch das Auftreten bundesdeutscher Politiker. Ohne die spezifisch deutsche Konstellation hätten auch auf dem Territorium der ehemaligen DDR im Gewand von Bürgerrechtlern agierende Reformsocialisten die Oberhand gewonnen, ähnlich wie in anderen früheren Ostblockstaaten. So sehr auch der Konjunktiv in der Geschichtsschreibung verpönt ist – diese Aussage ist einigermassen plausibel. Die Wiedervereinigung hat ein solches Szenario verhindert, was die bei einem Teil der Bevölkerung vorhandenen »Entfremdungs- und Verlust Erfahrungen« (581) eigentlich in Grenzen halten sollte.

Am Ende der chronologischen Erörterungen steht das Kapitel über die Systemtransformation nach 1989/90. Der Übergang in demokratisch-zivilgesellschaftliche Verhältnisse fällt sehr unterschiedlich aus. Während bei den meisten EU-Staaten die Fortschritte – verstanden im Sinne der Angleichung an übliche westeuropäische Standards – in diesem Punkt unüberschaubar sind, scheint es in anderen Ländern, vor allem in Polen oder in Ungarn, diesbezüglich sogar Rückschritte zu geben, was Besier hervorhebt. Insgesamt aber ist festzustellen, dass mit der Erreichung der EU-Beitrittskriterien die differenzierten Transformationsprozesse im Großen und Ganzen als abgeschlossen gelten dürfen.

Am Schluss der Studie werden unterschiedliche Terminologien und Modelle der Forschung einer Prüfung unterzogen. Wie benennt man die modernen Gewaltssysteme? Als Politische Religion, Totalitarismus oder moderne Diktatur? Wie schwierig eine Typenklassifizierung ist, um die sich auch Be-

sier bemüht, zeigt die – insgesamt sicherlich plausible – Kontrastierung von demokratischem und totalitärem System. Gab es in der europäischen geistesgeschichtlichen Tradition nicht auch eine signifikante Strömung der »totalitären Demokratie«, die vor allem Jacob Talmon, beginnend mit Rousseau, in einem herausragenden Lebenswerk rekonstruierte? Weiterhin ist kaum zu übersehen, dass die Totalitarismusforschung stets quantitativ und qualitativ der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Autoritarismus deutlich überlegen war. Letzterer entzieht sich einer stringenteren kategorial-theoretischen Einordnung deshalb, weil er in starkem Maß von den nationalen Traditionen der jeweiligen Völker bestimmt ist – egal, ob es sich primär um religiöse, soziale, wirtschaftliche oder politische Überlieferungen handelt.

So ist in toto festzuhalten: Besier hat eine gut lesbare Abhandlung über das »Europa der Diktaturen« vorgelegt, die wie ein Lehrbuch wirkt. Es tut dem Wert der Studie keinen Abbruch, wenn man nicht alle Versuche der Neubewertung geschichtlicher Ereignisse durch den Verfasser als geglückt empfindet. Trotz Besiers Einwände bleibt wohl die Vernichtung der Armenier durch die Jungtürken der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts und nicht das verabscheuenswürdige Massaker, das die Truppen Lothar von Trotha im Auftrag des Deutschen Reiches an indigenen Stämmen der deutschen Kolonie Südwestafrikas verübten. Selbst ein Buch, das bald zum Standardwerk avancieren dürfte, kann Geschichte nicht neu schreiben, und sei es auch nur in Details.

*Felix Dirsch*